

Menschen dafür, das Leben des sowjetischen Volkes zu erhalten und eben damit auch in gewisser Weise das eigene Leben für die Ewigkeit zu bewahren... In solchen Augenblicken verschmilzt der Mensch vollkommen mit dem Kollektiv, dessen Interessen für ihn allem anderen vorangehen und stärker sind als der Tod".

Nachdem P. Tyszkiewicz die bolschewistischen Sittlichkeitsnormen soweit dargestellt hat, fragt er, wie es nun mit der praktischen Verwirklichung dieser neuen Moral aussehe. Die abstrakte Theorie, so sagt er, ist offenbar voll von Widersprüchen und erscheint dadurch unhaltbar, aber eine andere Tatsache stützt in der Praxis den Umsturz der Ethik, die nämlich, daß der Bolschewismus als Empörung gegen tatsächliche schwere soziale Mißstände groß geworden ist, die dem alten Regime zur Last gelegt werden müssen. Der Umschwung der russischen Revolution hat zwar einerseits einen ungeheuren

Niedergang der Sittlichkeit gebracht, zumal auf dem Gebiet der Beziehungen der Geschlechter und der Familie, andererseits jedoch auch große Tugenden gezeitigt, vor allem Hingabefähigkeit bis zum Heldentum, Fleiß und großzügige gegenseitige Hilfe. Inzwischen hat sich die Auffassung von der Familie grundlegend geändert, und das Familienleben wird wieder stark gefördert und gestützt; die Treue gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen geht allerdings nach bolschewistischer Auffassung allen Familien- und Kindespflichten voran. Die Regierung tut alles, was sie kann, um die neue Moral zu kräftigen. Die Zeitungen berichten immer wieder von Fällen heroischer Verwirklichung der sowjetischen Tugenden und prangern immer wieder Zuwiderhandlungen an. Auch heute noch ist die Grundlage dieser öffentlichen Moral der Materialismus und die Irreligiosität, trotz der Aussöhnung mit der orthodoxen Kirche.

---

## Die soziale Frage

### Sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen der amerikanischen Katholiken

*Zum Tage der Arbeit, der in den Vereinigten Staaten am ersten Montag im September allgemein gefeiert wird, erließ die Abteilung für Soziale Aktion der National Catholic Welfare Conference den folgenden Aufruf:*

Die Kirche in den Vereinigten Staaten hat immer volles Vertrauen zu den wesentlichen Zielen und Bestrebungen der amerikanischen Arbeiterbewegung gehabt. Dieses Vertrauen fand schon 1887 durch Kardinal Gibbons, den damaligen Erzbischof von Baltimore, beredten Ausdruck. Indem er die Ritter der Arbeit (Knights of Labor), die unmittelbaren Vorgänger unserer gegenwärtigen Arbeiterorganisation, verteidigte, hat seine Eminenz in seinem eigenen und im Namen der Mitglieder der Hierarchie der Vereinigten Staaten ausdrücklich die Bedeutung der Arbeiterbewegung und die Gerechtigkeit ihrer grundsätzlichen Forderungen betont. „Wer“, so sagte der Kardinal, „über die Wege nachdenkt, auf denen die göttliche Vorsehung in unseren Tagen die Menschheit führt, muß erkennen, einen wie großen Anteil die Macht des Volkes an der Gestaltung der gegenwärtigen Ereignisse hat und ein wie großer Anteil ihr ganz offensichtlich an der Gestaltung der zukünftigen Geschehnisse zukommt... Vor allem in unserem Lande ist die Verbesserung der sozialen Verhältnisse das unvermeidliche Programm für die Zukunft, und die Haltung, die die Kirche ihr gegenüber einnehmen sollte, liegt auf der Hand. Sie kann gewiß die Extreme, denen sich die armen Massen zuwenden, nicht billigen. Aber ich wiederhole, sie muß sie von diesen Extremen durch die Bande der Liebe, durch den mütterlichen Segen, den sie jedem rechtmäßigen Versuch zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes gibt, zurückhalten.“

Nur wenige Jahre, nachdem Kardinal Gibbons diese berühmte Verteidigung der Ritter der Arbeit erlassen hatte, wurde der Tag der Arbeit als nationaler amerikanischer Feiertag offiziell eingesetzt. Seit dieser Zeit ist das Vertrauen des Kardinals in die grundsätzliche Rechtlichkeit

der Bewegung, die inzwischen zu einer der größten Arbeiterbewegungen der Welt geworden ist, voll und ganz gerechtfertigt worden. Typisch für den Geist, der die Bewegung von Anfang an geleitet hat, ist eine amtliche Erklärung der American Federation of Labor aus dem Jahre 1933 über den Sinn des Tages der Arbeit: „Die Arbeiterbewegung hat zum Ziele nicht weniger als die vollständige Fülle des Lebens ohne irgendwelche Begrenzung, die Erfüllung des vollen menschlichen Ideals mit allem, was aus ihm wirtschaftlich, sittlich und geistig folgt. Auf Anregung unserer Arbeiterbewegung wird der Sonntag, der dem Feiertag der Arbeit vorhergeht, von der ganzen Nation als Arbeitersonntag gefeiert. An diesem Tag sollte über die Bestrebungen der Arbeiter und darüber nachgedacht werden, auf welche Weise die Seele der Arbeiterbewegung ihrer Sehnsucht Ausdruck verleihen kann. Wegen ihrer hier niedergelegten Ziele und Bestrebungen halten wir es für angemessen, daß alle Kirchen am kommenden Arbeitersonntag die Seelen der Arbeiter eng um ihre Altäre versammeln, und daß die Männer und Frauen der Arbeiterbewegung sich überall bemühen, mit den Kirchen zusammenzuarbeiten, um sich ihre Mitarbeit zu sichern, damit überall an diesem Tage in den Kirchen das Streben nach einem höheren, edleren Leben für die Massen unseres Volkes einen großen einträchtigen Ausdruck findet.“

Glücklicherweise hält die amerikanische Arbeiterbewegung noch immer an diesen erhabenen und edlen Gefühlen fest. Viele Tausende von amerikanischen Gewerkschaftlern, welcher Konfession sie auch immer angehören mögen, werden dieses Jahr wie schon in den vorhergegangenen am nationalen Feiertage der Arbeit Gott für die Segnungen der Vergangenheit danken und seine Führung für die Zukunft erleben. Es gibt natürlich Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, aber die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft wird sicher die kürzlich ausgesprochene Warnung Seiner Heiligkeit Papst Pius XII. unterschreiben: „Weder kollektive Abmachungen noch Schiedsgerichte noch alle Maßnahmen der fortschrittlichsten Gesetzgebung werden einen dauern-

den Arbeitsfrieden sichern können, wenn man sich nicht gleichzeitig beständig bemüht, dem Gerüst der gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter- und Unternehmerschaft den Atem des geistigen und sittlichen Lebens einzuhauchen“.

Die Abteilung für soziale Aktion der National Catholic Welfare Conference beglückwünscht daher die amerikanische Arbeiterbewegung an diesem ihrem nationalen Feiertag und lädt gleichzeitig die Bewegung ein, heute mit allen anderen Einzelnen und Wirtschaftsorganisationen gemeinsam den Beistand des Heiligen Geistes für die Lösung der kritischen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu erleben, denen sich unser Land jetzt gegenüber sieht oder denen es sich in den kommenden Monaten wahrscheinlich gegenüber sehen wird.

#### *Das Problem der Aufrechterhaltung einer beständigen Produktion und Vollbeschäftigung*

Vor einem Jahre setzte sich die Abteilung für soziale Aktion der N.C.W.C. in ihrem Aufruf zum Feiertag der Arbeit von 1946 für die Errichtung eines Systems von Industrieräten ein, in welchen die Arbeiter- und Unternehmerschaft gemeinsam und demokratisch die Hauptprobleme des wirtschaftlichen Lebens aufarbeiten sollte: Löhne, Arbeitsstunden, Preise, Gewinne, Produktionspläne usw. Die organisierte Arbeiterschaft wurde darin aufgefordert, ihre Tätigkeit über die überlieferten Grenzen der Kollektivverhandlungen über Löhne, Arbeitsstunden und Arbeitsbedingungen hinaus auch auf das Gebiet der Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft und letzten Endes auf den Aufbau eines Systems von Industrieräten auszudehnen.

Während der vergangenen zwölf Monate ist die Notwendigkeit eines solchen Systems von Industrieräten als eines Mittels, die wirtschaftliche Stabilität und die Vollbeschäftigung zu fördern, immer dringender geworden, aber leider ist wenig oder nichts getan worden, um es zu verwirklichen. Die letzte Sitzung des Kongresses hat einem Arbeitsgesetz viel Zeit gewidmet, aber ihre Bemühungen endeten mit einer Gesetzgebung, die kaum einen Beitrag konstruktiver Natur zur wirksamen Förderung einer stetigen Produktion und Vollbeschäftigung enthielt. Das Hauptziel sowohl der Arbeiter- wie der Unternehmerschaft in ihren gegenseitigen Beziehungen sollte die Ausmerzung wirtschaftlicher Konflikte und die Aufrechterhaltung einer beständigen Produktion sein. Die Ursache der Auseinandersetzungen und Uneinigigkeiten in der Industrie kann zurückgeführt werden auf Lohnstreitigkeiten oder Unstimmigkeiten über Arbeitsbedingungen oder vielleicht auch auf den Mangel an Sicherheit der Beschäftigung. Kollektivverhandlungen zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft lösen manche dieser Probleme, aber erst nachdem sie akut geworden sind, während es doch wünschenswert ist, daß sie vorweggenommen und im voraus gelöst werden.

Wenn Kollektivverhandlungen scheitern, so mögen Streiks unvermeidbar sein, aber trotzdem stellen sie doch eine Art Krieg dar. Sie sind ein soziales Übel. Sie sind ein unfehlbares Zeichen dafür, daß das Lohnsystem und die gegenwärtige industrielle Ordnung einer grundlegenden Neuordnung bedarf, als bloße Kollektivverhandlungen sie schaffen können.

Ein besseres System der Gewinnverteilung in der Industrie, als es das gegenwärtige ist, kann und sollte gefunden werden. Kapital und Arbeit sind als Partner in dem

System anerkannt. Aber das System bedarf einer Abänderung, sodaß die anerkannte Partnerschaft sich auch zu größerem beiderseitigem Nutzen tatsächlich auswirkt. Der unheilvolle Kreislauf von erhöhten Löhnen, die erhöhte Kosten und anschließend erhöhte Preise zum Gefolge haben, führt lediglich zu einer Unfestigkeit unserer Wirtschaft und bringt infolgedessen niemandem Vorteile. Nur wenn die Güterproduktion sich vermehrt oder wenigstens auf demselben Niveau bleibt, ist sowohl für die Unternehmer und die Arbeiter wie auch für die Öffentlichkeit ein echter Nutzen gesichert. Wir erkennen an, daß sowohl in den Reihen der Unternehmer wie in den Reihen der Arbeiterschaft gewisse bestehende Ungleichheiten der Einkommenshöhe beseitigt werden müssen. Aber einmal diese Berichtigung geschehen ist, ist der einzig sichere Weg, den Lebensstandard für alle zu verbessern, Steigerung der Leistung pro Arbeitsstunde. Wir beglückwünschen daher die Führer der Arbeiterschaft zu ihrer jüngsten Verlautbarung, die diese Tatsache betont herausstellte.

Es würde nicht nur besser im Einklang mit der sozialen Gerechtigkeit stehen, sondern auch auf die Dauer wirtschaftlich klüger sein, außergewöhnliche Gewinne durch eine Preissenkung zu vermindern. Der gegenwärtige Gütermangel und Arbeitsbedarf kann auch zum Schaden der Öffentlichkeit ausgenutzt werden, es ist jedoch ein Gebot der Klugheit, den Markt oder den tatsächlichen Güterbedarf nicht zu beschneiden und sich nicht der Gefahr auszusetzen, auf diese Art und Weise Arbeitslosigkeit und eine Depression zu beschleunigen.

Um einen höheren Lebensstandard für alle zu erreichen, bedarf es auf Seiten der Arbeiter gesteigerter Leistungsfähigkeit und beständiger Beschäftigung, auf Seiten der Unternehmer einer Vermehrung des Kapitals durch Ersparnisse und Reinvestierung, auf Seiten der Betriebsleitungen eines technischen Fortschrittes durch Forschungsarbeit. Man darf jedoch nicht vergessen, daß keine Klasse ihre wirtschaftliche Lage auf die Dauer durch Maßnahmen verbessern kann, die letzten Endes auf Kosten einer anderen Klasse gehen. Was wir daher brauchen, ist ein sozial gerechtes und in vernünftiger Weise automatisches System, die gesteigerte Produktivität der Industrie, in dem Maße sie sich entwickelt, zu verteilen. Das sollte weder vor noch nach der gesteigerten Produktion, sondern gleichzeitig mit ihr geschehen. Es sollte nicht allzu schwierig sein, eine Formel dafür zu entwickeln. Tatsächlich ist eine solche automatische und gleichzeitige Verteilung des Nutzens schon in einigen Industrien vorhanden.

Nun setzt ein solches abgeändertes Lohnsystem, das für die ganze Nation gilt, das Vorhandensein organisierter Räte für Industrie, Handel und Landwirtschaft voraus. Jeder dieser Räte sollte auf seinem eigenen Gebiet arbeiten. Aber alle sollten örtlich, regional und national, — und zwar unter Aufsicht der Regierung, um gleiches Recht für alle zu sichern, — zusammenarbeiten. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat auf Anregung des Council of Economic Advisors versucht, uns aus unserer Lethargie zu erwecken und hat uns betont an unsere gemeinsame Verantwortlichkeit für die allgemeine wirtschaftliche Wohlfahrt erinnert. „Die unvergleichliche Prosperität unserer Nation“, so hat er gewarnt, „darf uns nicht zu einer müßigen Selbstzufriedenheit veranlassen. Wir müssen daran denken, daß die Vollbeschäftigung bei hohem Preisniveau im Augenblick durch die

Umstellungsbedürfnisse der Industrie und die aufgestauten Bedürfnisse der Verbraucher, durch ausgedehnten Einsatz der Ersparnisse und Kredite und durch einen außerordentlichen Überschub der Ausfuhr über die Einfuhr aufrechterhalten wird. Das sind aber nur zeitweilige Stützen für unser Wirtschaftssystem. Wenn sie nachlassen, so werden wir viele grundlegende Maßnahmen zur Neuordnung brauchen, um den Übergang zu einer auf die Dauer stabilen und das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit erzielenden Friedenswirtschaft zu vollziehen“.

„Kein Einzelner“, so fährt er fort, „keine Organisation und keine Abteilung der Regierung kann sich der Verantwortlichkeit für ihren Beitrag zu diesem Vorgang entziehen. Jede dieser Neuordnungen auf dem Gebiete des Preises, des Lohnes oder anderer Einkommensarten trägt dazu bei, den allgemeinen Standard der Produktion und der Beschäftigung in der vor uns liegenden Zeit zu bestimmen, und da es Zeit braucht, damit die Ergebnisse dieser Entscheidungen in Erscheinung treten können, müssen wir weitsichtig sowohl wie umfassend in den Entscheidungen sein, die wir treffen“.

Diese Warnung des Präsidenten ist weise und zeitgemäß. Wir hoffen, daß der Präsident den nächsten logischen Schritt vollzieht, indem er ein praktisches Programm entwirft, durch das wir gemeinsam den schweren Verantwortlichkeiten, von denen er spricht, gerecht werden, Verantwortlichkeiten, denen wir nicht als Einzelne oder als einzelne, für sich handelnde Gruppen wirksam gerecht werden können. In diesem Zusammenhang machen wir uns also die Vorschläge zu eigen, die in der katholischen Einleitung zu der überkonfessionellen wirtschaftlichen Erklärung von 1946, „*Pattern for Economic Justice*“ (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 6/7 Seite 263 ff) gemacht worden sind. „Der größte Beitrag der Regierung zum allgemeinen Wohl würde es sein, wenn sie die bonafide Organisationen der Arbeiter, der Unternehmer, der Landwirtschaft und der freien Berufe dazu ermutigen würde, ein System von Wirtschaftsräten für eine die ganze Industrie und Volkswirtschaft umfassende Planung zu errichten. Wir richten den dringenden Aufruf an die Regierung, die Führer dieser Organisationen unmittelbar zusammenzurufen und sie bei der Errichtung eines arbeitsfähigen Systems von Industrieräten zu unterstützen“. Es ist zu hoffen, daß die gesamte Arbeiterbewegung sich heute dem gemeinsamen Bemühen widmet, das Programm der Industrieräte volkstümlich zu machen und das amerikanische Unternehmertum von seinen Vorteilen zu überzeugen. Wenn es uns weiter mißlingt, ein solches System der Wirtschaftsdemokratie in den Vereinigten Staaten zu errichten, so werden wir wahrscheinlich dafür den Preis einer neuen ersten Depression zahlen müssen, der fast unvermeidlich eine Art und ein Maß von Regierungsintervention folgen wird, die sowohl der Unternehmer wie der Arbeiterschaft gleich unangenehm sein wird.

Mittlerweile werden organisierte Arbeiter- und Unternehmerschaft infolge des Fehlens eines Industrieratensystems sich weiterhin auf dem Kampffeld des Marktes als kriegführende Gruppen in einem unheilvollen Kampf um die wirtschaftliche Macht und um Gruppenvorteile gegenüberstehen, anstatt daß sie sich in gegenseitiger Eintracht für das gemeine Wohl zur Zusammenarbeit zusammenfinden. Das wird „das freie Unternehmen“, wie wir es verstehen, nicht fördern, sondern es wird die Wege zu einem zwangsmäßigen Schiedsgericht und zu

anderen einschränkenden Eingriffen der Regierung in das Gebiet der Wirtschaft ebnen.

### Arbeitsgesetzgebung

Ausgereifere Überlegungen sowohl wie jüngste Erfahrungen haben Kundgebungen der Unzufriedenheit mit dem Taft-Hartley-Gesetz hervorgebracht. Wir haben unsere eigene Meinung zum Ausdruck gebracht, daß das Gesetz in vieler Hinsicht ungeschickt und undurchführbar ist und daß es einen unangemessenen, kurzsichtigen Versuch zur Lösung des sehr komplizierten Problems der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstellt. Einige seiner Bestimmungen werden ohne Zweifel verbessert werden und andere werden, wenn sie nicht verbessert werden, als verfassungswidrig angegriffen werden. Immerhin stellt das Gesetz augenblicklich das geltende Recht dar, und als solches fordert es von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft gleichzeitig, sich in einem Maße um die freiwillige Regelung der Arbeitsprobleme am Verhandlungstisch zu bemühen, wie sie sich nie zuvor darum bemüht haben. In dem Maße, wie es ihnen nicht gelingt, ihre Meinungsverschiedenheiten friedlich und auf billige Weise zu regeln, wird das Gesetz bis zum äußersten seiner Geltung zum Schaden und zur Aufhebung des friedlichen Vorganges der Kollektivverhandlungen angewandt werden. Wir fordern sowohl die Arbeiter- wie die Unternehmerschaft aufs ernsthafteste auf, einander in den überzeugtesten und aufrichtigsten Bemühungen entgegenzukommen, den Folgen der Anwendung der unbefriedigenden Bestimmungen des Gesetzes zuvor zu kommen. Wir haben weiter das feste Vertrauen, daß die Arbeiterschaft von sich aus die besonderen Mißbräuche freiwillig abstellen wird, die zu beseitigen das Gesetz wahrscheinlich in erster Linie entworfen worden ist.

Wir haben in diesem Aufrufe zum Tage der Arbeit bis jetzt die Hauptbetonung auf das freiwillige Handeln der Einzelnen und der freien Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gelegt. In diesen freiwilligen Handlungen liegt die Hoffnung und die Stärke der Demokratie. Indessen ist die Regierung, soweit die organisierte Arbeiterschaft und die organisierte Unternehmerschaft im Augenblick unfähig oder nicht gewillt sind, ihre gemeinsame Verantwortung auf sich zu nehmen, verpflichtet, alle notwendigen Schritte zu ergreifen, das gemeine Wohl zu fördern. Es gibt einige Bedürfnisse, die so dringend sind, daß der Kongreß im Interesse der moralischen und wirtschaftlichen Wohlfahrt des ganzen Volkes die Verantwortung für sie übernehmen und ohne unnötige Verzögerung zum Handeln schreiten sollte.

1. Ein Wohnungsbaugesetz sollte erlassen werden, das unter voller Achtung der Rechte des Privatunternehmertums für angemessenen Wohnraum für Familien mit niedrigem Einkommen sorgt.

2. Die soziale Sicherheit sollte auf dem Wege der Gesetzgebung erweitert werden, sodaß sie einen größeren Personenkreis erfaßt und höhere Leistungen einmal als Anregung zur Vollproduktion und Vollbeschäftigung und dann aus Gerechtigkeit gegenüber ihren Nutznießern bietet.

3. Das Fair Labor Standards Gesetz sollte so ergänzt werden, daß es einmal einen größeren Personenkreis umfaßt und zweitens den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 40 Cent auf mindestens 65 Cent für die Stunde erhöht.

4. Die Steuergesetzgebung sollte vereinfacht werden und zwar so, daß sie zwar der geschäftlichen Initiative angemessenen Spielraum, aber gleichzeitig den Familien mit niedrigem Einkommen und unversorgten Kindern eine billigere Behandlung angedeihen läßt.

Zum Schluß betonen wir, — indem wir noch einmal die amerikanische Arbeiterbewegung zu ihrem nationalen Feiertag beglückwünschen und sie ermutigen, so schnell wie möglich die große Anzahl amerikanischer Arbeiter, die in ihrem wirtschaftlichen Dasein noch immer ohne Ort oder Vertretung sind, zu organisieren, — die alles überragende Bedeutung der hohen sittlichen und geistigen Ideale, von denen die Bewegung getragen sein muß,

wenn sie das gemeine Wohl fördern soll. Wir schließen uns aus vollem Herzen Seiner Heiligkeit Papst Pius XII. an, wenn er der arbeitenden Bevölkerung der Vereinigten Staaten und der arbeitenden Bevölkerung der Welt folgende Botschaft übermittelt: „Möge auf euch in euren Werkstätten und Fabriken, unter der Sonne auf den Feldern, in der Dunkelheit der Bergwerke und in der Hitze des Hochofens und wohin immer euch das Wort dessen, der über alles gebietet, berufen möge, die Fülle seiner Gnaden herabkommen, die euch Hilfe, Sicherheit und Trost gewähren und euch die harte Arbeit, in der ihr hier unten euer Leben verbringt und opfert, zum Verdienste für die ewige Seligkeit gedeihen lassen möge“.

---

## Aus der ökumenischen Bewegung

### Die russisch-orthodoxe Kirche in Nordamerika

Der Besuch des orthodoxen Erzbischofs Gregorij, Metropoliten von Leningrad und Nowgorod, in Amerika, der im Auftrage des Patriarchen Alexius die Versöhnung der russisch-orthodoxen Kirche Amerikas mit Moskau und ihre Unterstellung unter den Moskauer Patriarchen endgültig vollziehen soll, ist ein weiterer wichtiger Schritt in den Bemühungen des Moskauer Patriarchates, seine Oberhoheit über die im Ausland lebenden Glieder der russisch-orthodoxen Kirche zu sichern, da diese Kirche in Amerika die letzte größere geschlossene Gruppe von russisch-orthodoxen Gläubigen ist, die zu gewinnen war. Um die Aufgaben und die Schwierigkeiten, denen sich der Metropolit Gregorij gegenüber sieht, zu verstehen, ist es notwendig, einen kurzen Überblick über die Geschichte der russisch-orthodoxen Kirche in Nordamerika seit der russischen Revolution zu geben.

Schon vor der russischen Revolution gab es in Nordamerika, d. h. in den Vereinigten Staaten und in Kanada starke russische Gemeinden, die im Jahre 1917 in den Vereinigten Staaten allein eine halbe Million Gläubige umfaßten. Die russischen Emigranten, die nach Amerika kamen, fanden dort also schon eine bestehende Kirchenorganisation mit einem starken Eigenleben vor. Die besondere Assimilationsfähigkeit des amerikanischen Lebens wirkte sich auch bei den russischen Emigranten aus, sodaß sie sich in viel stärkerem Maße als etwa die Flüchtlinge in Europa ihrem Gastlande anpaßten und sich schon bald als Amerikaner fühlten. Daher hatte auch die russisch-orthodoxe Kirche in Amerika ein besonders ausgeprägtes Gefühl für ihre Unabhängigkeit entwickelt, auf die die verschiedenen Versuche Moskaus, die Gläubigen in Verbindung und in Abhängigkeit zu halten, psychologisch nicht genügend Rücksicht nahmen. Es gab in Amerika nur eine relativ kleine Gruppe unter der Führung des Erzbischofs Johannes Kedrowsky, die man als sowjetfreundlich bezeichnen konnte. Es war dem Erzbischof Kedrowsky jedoch im Jahre 1928 gelungen, sich auf Grund einer Entscheidung des Gerichtshofes des Staates Newyork in den Besitz der St.-Nikolaus-Kathedrale in Newyork zu setzen.

Zwar unterstand bis zum Jahre 1933 offiziell die russisch-orthodoxe Kirche in Amerika noch dem Patriarchen bzw. dem Stellvertreter des Patriarchen in Moskau. Erst auf die Forderung des Moskauer Patriarchates, eine Loyalitätserklärung gegenüber der sowjetischen Regierung abzugeben, brach die amerikanische russisch-orthodoxe Kirche in diesem Jahre die Beziehungen mit Moskau ab. Der Stellvertreter des Patriarchen ernannte daraufhin den Erzbischof Benjamin Fedchenkow zum Exarchen des Moskauer Patriarchates für Nordamerika und die Aläuten, der jedoch bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten im Jahre 1934 auf den entschlossenen Widerstand der Mehrheit der amerikanischen orthodoxen Gläubigen stieß. Diese Mehrheit beschloß auf einem Kongreß in Cleveland im November 1934, sich von Moskau unabhängig zu machen. Sie wählte den Bischof Theophilus von Newyork und San Francisco zu ihrem Metropoliten und schloß sich der Synode von Karlovac an, d. h. der Synode der russisch-orthodoxen Kirche im Auslande, in der sich alle Bischöfe, die im Gegensatz zu Moskau standen, zusammengefunden hatten. So gab es beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges eine sowjetfreundliche Gruppe, die aus den Anhängern des Erzbischofs Benjamin, dem sich noch der Erzbischof Adam Phillipowsky von Philadelphia angeschlossen hatte, und den Anhängern des Erzbischofes Johann Kedrowsky bestand, und eine von Moskau unabhängige Gruppe, der die Mehrzahl der amerikanischen russisch-orthodoxen Bischöfe und Gläubigen angehörten.

Die Tatsache, daß die Karlovacer Synode am Ende des Krieges Jugoslawien verlassen mußte und sich in München neu konstituierte, dadurch also nicht mehr unter dem Schutze der serbischen Orthodoxen Kirche stand und gewissermaßen kirchenrechtlich isoliert war, sowie die Neubegründung der russischen Kirche in Sowjetrußland schufen eine neue kirchenpolitische Lage. Der neugewählte Patriarch Alexius nahm Verbindung mit der russisch-orthodoxen Kirche in Amerika auf, um eine Versöhnung mit ihr anzubahnen, und stellte im Februar 1945 durch einen offiziellen Erlaß präzise Bedingungen für den Wiederanschluß an das Moskauer Patriarchat auf. Diese Bedingungen liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß Moskau bereit war, ein Exarchat für den ganzen amerikanischen Kontinent zu bilden, die Einberufung